



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 182. Ratssitzung vom 18. März 2026

5980. 2025/430

Weisung vom 24.09.2025:

Städtische Gesundheitsdienste, Studie zum regulierten Verkauf von Cannabis «Züri Can – Cannabis mit Verantwortung», Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

Für die Studie zum regulierten Verkauf von Cannabis «Züri Can – Cannabis mit Verantwortung» wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 1 955 600.– gemäss STRB Nr. 875/2021 ein Zusatzkredit (Beitrag an PUK Zürich) von Fr. 800 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 755 600.– (Preisstand: 1. Juni 2025, Zürcher Index der Konsumentenpreise).

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Schlussabstimmung:

Thomas Hofstetter (FDP): Die Weisung betrifft einen Zusatzkredit für die Studie zum regulierten Verkauf von Cannabis unter dem Titel «Züri Can – Cannabis mit Verantwortung». Das eidgenössische Parlament beschloss im Jahr 2020 einen sogenannten Experimentierartikel im Betäubungsmittelgesetz. Dieser erlaubt eine wissenschaftliche Studie zum regulierten Umgang mit Cannabis. Das Ziel der Studie ist es, Erkenntnisse über mögliche Modelle einer regulierten Abgabe sowie über die Auswirkungen, das Konsumverhalten und die öffentliche Gesundheit zu gewinnen. Gestützt auf diese gesetzliche Grundlage beschloss der Stadtrat im September 2021, eine solche Studie in Zürich zu unterstützen. Für die Durchführung der 3,5-jährigen wissenschaftlichen Studie «Züri Can – Cannabis mit Verantwortung» wurden ein Beitrag an die Psychiatrische Universitätsklinik (PUK) der Universität Zürich sowie Mittel für projektbezogene Kosten bei der Stadt Zürich gesprochen. Insgesamt beliefen sich die bewilligten Ausgaben auf 1,96 Millionen Franken. Die Studie der PUK hat im März 2023 offiziell gestartet, nachdem sowohl die kantonale Ethikkommission als auch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Bewilligung erteilt hatten. Die Studie untersucht insbesondere zwei Fragen. Erstens, mit welchem Modell ein regulierter Verkauf von Cannabis in der Schweiz konkret umgesetzt werden kann und welche Rahmenbedingungen dafür notwendig wären; zweitens welche Auswirkungen ein regulierter Zugang zu Cannabis auf das Konsumverhalten der Teilnehmer sowie auf die öffentliche Gesundheit hat. Im August 2023 wurde in Zürich erstmals legal Cannabis im Rahmen der Studie abgegeben. Aktuell beziehen innerhalb dieses Projekts rund 2200 Personen Cannabisprodukte. Aufgrund der grossen Nachfrage wurde



die maximale Teilnehmerzahl auf 3000 Teilnehmende erhöht. Die Abgabe erfolgt über rund 20 Verkaufsstellen. Darunter sind Apotheken, sogenannte Social Clubs sowie das städtische Drogeninformationszentrum (DIZ). Insgesamt stehen verschiedene Produkte mit unterschiedlichem Gehalt an THC (Tetrahydrocannabinol) und CBD (Cannabidiol) zur Verfügung. Gemäss bisheriger Erfahrungen ist die Studie operativ etabliert und liefert erste wissenschaftliche Erkenntnisse. Gleichzeitig zeigte sich, dass der Aufbau der Bezugsstellen, die Sicherstellung eines geeigneten Produktsortiments sowie die Rekrutierung der Teilnehmenden mehr Zeit in Anspruch nahm als ursprünglich gedacht. Dadurch verkürzte sich die effektive Beobachtungszeit der Studie. Dazu kommt, dass ein Teil der zusätzlich aufgenommenen Teilnehmenden innerhalb der vorgesehenen Laufzeit noch nicht über den nötigen Zeitraum beobachtet werden kann. Um belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse zu erhalten, ist eine längere Beobachtungsdauer erforderlich. Aus diesem Grund beabsichtigt die PUK, die Studie um zwei weitere Jahre bis Ende Oktober 2028 zu verlängern – vorbehaltlich der Bewilligung durch die kantonale Ethikkommission und das BAG. Für die Verlängerung beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat einen Zusatzkredit in der Höhe von 800 000 Franken. Die Universität Zürich beteiligt sich mit einem Beitrag von 156 000 Franken an den zusätzlichen Kosten. Insgesamt belaufen sich die Kosten dieser zweijährigen Verlängerung auf 956 000 Franken. Weil sich der Gesamtkredit für die Studie auf 2,76 Millionen Franken erhöht, ist für die Bewilligung des Zusatzkredits der Gemeinderat zuständig. Die Mehrheit der Kommission beantragt, dem Antrag des Stadtrats zu folgen. Es handelt sich um eine laufende und etablierte Studie, die Strukturen stehen und mehrere tausend Teilnehmer sind eingebunden. Ausserdem liegen erste Erkenntnisse vor. Es wäre aus Sicht der Mehrheit wenig sinnvoll, das Projekt kurz vor dem Abschluss abzubrechen, anstatt die angefangene Arbeit sauber zu Ende zu führen. Die Minderheit beantragt die Ablehnung. Ein Abbruch der Studie würde bedeuten, dass die laufende wissenschaftliche Untersuchung nicht zu Ende geführt werden könnte und damit ein grosser Teil der investierten Arbeit und Mittel ihren Nutzen nicht entfalten könnten. Zudem liefert die Studie wichtige Erkenntnisse für die laufende nationale Diskussion über den zukünftigen Umgang mit Cannabis. Gerade deshalb ist es sinnvoll, dass Zürich die Daten und Erfahrungen vollständig auswertet. Die Mehrheit kam deshalb zum Schluss, dass die Studie konsequent weitergeführt wird. Die FDP setzte sich immer für die kontrollierte Abgabe von Cannabis ein – vor allem im wissenschaftlichen Bereich. Wir sind daher froh, dass die Stadt das Projekt weiterführt.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Yves Peier (SVP): Was in dieser Weisung als wissenschaftliche Studie verkauft wird, ist in Wahrheit ein staatlich organisierter Cannabismarkt – freundlich verpackt, aber mit einem sehr realen Nebeneffekt. Wir fragen uns, ob die Stadt Zürich faktisch zum Dealer wird – mit Logo, Verwaltung und unseren Steuergeldern. Die Aufgabe der Stadt ist es, die Bevölkerung zu schützen und nicht neue Konsummärkte zu entwickeln. Wenn Erwachsene konsumieren wollen, tun sie es ohnehin. Aber es ist nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand, daraus ein Geschäftsmodell zu basteln und das auch noch zu finanzieren. Die Vorlage vermittelt den Eindruck, dass ein regulierter Konsum unproblematisch



sei. Das ist ein gefährlicher Trugschluss. Cannabis ist keine harmlose Substanz, insbesondere nicht bei regelmässigem Konsum. Studien zeigen klar, dass das Risiko für psychische Erkrankungen wie Angststörungen, Depressionen und Psychosen steigen – gerade bei jungen Menschen und bei häufigem Konsum. Doch statt Prävention betreibt die Stadt Zürich Verkaufsstellen. Anstatt Konsum zu reduzieren, schafft sie neue Strukturen, um den Konsum zu ermöglichen. Das ist definitiv ein komisches Signal. Ganz nach dem Motto: Cannabis ist riskant, aber bitte bei uns kaufen – sauber verpackt und staatlich organisiert. Die gleiche Verwaltung, die uns bei jeder Gelegenheit erklärt, wie gefährlich Rauchen, Alkohol und Zucker ist, möchte nun als eine Art Dealer auftreten. Das ist in meinen Augen ein grosser Widerspruch. Auch finanziell überzeugt die Vorlage nicht. Es wurden bereits knapp 2 Millionen Franken Steuergelder für das Projekt gesprochen. Nun sollen weitere 800 000 Franken folgen. Das Muster ist immer dasselbe: Zuerst wird das Projekt mit schönen Worten wie verantwortungsvoll, wissenschaftlich begleitet oder innovativ verkauft. Sobald das Projekt läuft, heisst es plötzlich, das Geld reiche nicht und man brauche mehr. Entweder hat sich die Stadt verkalkuliert oder sie trug bei der Budgetierung die grüne Brille. Auch das gesellschaftliche Signal, dass Konsum okay sei, solange er begleitet wird, ist verheerend. Das untergräbt jede Präventionspolitik, insbesondere gegenüber Jugendlichen. Der Staat kann nicht gleichzeitig warnen und verkaufen, ohne sich lächerlich zu machen. Deshalb lehnen wir die Weisung ab.

Weitere Wortmeldungen:

Pascal Lamprecht (SP): *Marihuana ist nicht einfach immer und nur harmlos. Da sind wir uns einig, Yves Peier (SVP). Aber wir ziehen andere Schlüsse. Aus Sicht der SP-Fraktion ist diese Verlängerung richtig und notwendig. Uns ist wichtig, dass auch die Drogenpolitik auf Fakten basiert. Das heisst auch Kontrolle und Prävention. In den letzten paar Jahren nahmen stressbedingte Krankheiten massiv zu. Man sollte natürlich in Prävention investieren: guten Schlaf, Ernährung oder viel Bewegung an der frischen Luft. Es ist aber interessant, dass im neusten «Men's Health» Magazin steht: «Medizinisches Marihuana kann bei Stress und Schlaflosigkeit weiterhelfen, aber niemand muss dafür an einem Joint ziehen. Es gibt viel bessere Methoden.» Der zweite Satz ist uns wichtig: die Produktpalette. Diese müsste aus unserer Sicht erweitert sein. Das bedeutet nicht, dass man mehr konsumieren soll, aber dass man bspw. auch essbare Produkte oder Produkte zum Vapen im Angebot hätte. Das entspricht der Nachfrage vieler Konsumentinnen und Konsumenten. Ausserdem ist es ein Mittel für den Gesundheitsschutz. Wir haben vom Vertrieb gehört, dass das sinnvoll wäre, weil die Konsumentinnen und Konsumenten sonst wieder in den Schwarzmarkt abwandern. Die Schwarzmarktdealer geben den Markt sicher nicht kampflos auf. Deshalb ist diese Verlängerung aus Sicht der SP wichtig. Aber sie braucht zwingend einen nächsten Schritt. Dort gibt es noch rechtliche Hürden und man müsste die Vergleichbarkeit der Studie anschauen.*

Florine Angele (GLP): *Die GLP-Fraktion unterstützt den Zusatzkredit für «Züri Can». Es ist wichtig, dass das etablierte Pilotprojekt, das bereits viele Daten gesammelt hat, seine Beobachtungsdauer verlängern kann. Generell sind die Grünliberalen gegenüber einem regulierten Verkauf von Cannabis oder einer Legalisierung positiv eingestellt. Es freut*



uns sehr, dass die Stadt Zürich mit einem wissenschaftlich begleiteten Pilotprojekt mehr Daten sammelt und so auch viel mehr Klarheit in die politische Diskussion bringt.

Yves Henz (Grüne): *Es geht bei «Züri Can» um mehr als die Stadt Zürich. Es geht darum, dass wir für die ganze Schweiz und speziell für Zürich eine wissenschaftsbasierte und progressive Drogenpolitik des 21. Jahrhunderts weiterentwickeln. Aus grüner und menschlicher Sicht ist die Verlängerung von «Züri Can» aus drei Gründen essenziell. Wir unterstützen «Züri Can» für den Gesundheitsschutz, weil damit alle Teilnehmenden getestete und klar regulierte Ware erhalten. Wir unterstützen es auch, weil wissenschaftlich untersucht wird, wie sich die kontrollierte Abgabe in einem nicht profitorientierten Setting auf den Konsum und die Gesundheit der Teilnehmenden auswirkt. Die SVP verfolgt mit ihrer Ablehnung das Ziel, alle Konsumierenden zurück in den Schwarzmarkt zu drängen. Sie fördert damit die Unsicherheit in der Stadt und treibt das organisierte Verbrechen voran. Dagegen stellen wir uns mit aller Deutlichkeit. Zweitens ist eine ökologische Produktion für uns zentral. Drittens begrüssen wir es, dass in einem präventiven Rahmen geschaut wird, wie man die Leute beim Konsum von Cannabis beraten kann. Zusammenfassend ist «Züri Can» der politisch konstruktive Weg hin zu einer wissenschaftsbasierten Drogenpolitik, die den Gesundheitsschutz ins Zentrum stellt. Demgegenüber steht die destruktive, rückwärtsgewandte Politik der SVP, die einer Mafiaförderung gleichkommt und mit der Gesundheit unserer Bevölkerung spielt.*

Moritz Bögli (AL): *Es ist ein Hohn, was wir uns von der Minderheit anhören mussten. Gerade heute blockierte der Nationalrat Massnahmen zur Ratifikation des Tabakabkommens der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die SVP-Fraktion lehnte die Motion geschlossen ab. An Tabak sterben in der Schweiz jährlich mehr als 9000 Menschen. Diese Todesfälle nimmt man wegen der Gelder, die man von der Tabaklobby erhält, in Kauf. In diesem Rat zu sagen, man lehne die Studie ab, weil es gesundheitsschädlich sei, ist ein Hohn. Bei Cannabis handelt es sich – genauso wie bei Alkohol und Tabak – um gesundheitsschädliche Mittel. Das bestreitet die Mehrheit des Gemeinderats nicht. Es ist aber auch nicht bestritten, dass all diese Dinge konsumiert werden. Ein Drittel der Schweizer Bevölkerung hat schon Cannabis probiert, obwohl der Konsum ausserhalb der Pilotprojekte immer noch illegal ist. Einen Weg zu finden, wie man einen sicheren und möglichst unproblematischen Konsum ermöglichen kann, ist gesundheitspolitisch zentral. Deshalb unterstützen wir das Forschungsprojekt und die Bestrebungen der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SKG-N). Die Forschungsergebnisse aus dem Pilotprojekt sind wichtig, damit man eine Regulierung finden kann, um den problematischen Konsum zu reduzieren. Es ist wichtig, dass die Forschungsergebnisse erhoben und öffentlich zugänglich gemacht werden. So können sich die Öffentlichkeit und die nationale Politik eine faktenbasierte Meinung bilden, wie eine Cannabisregulierung aussehen könnte. Das ist ein gesundheitspolitischer Umgang mit Drogenkonsum.*

Stefan Urech (SVP): *Dass uns Verbindungen zur Mafia oder Tabaklobby vorgeworfen werden, weil wir uns gegen den staatlich geförderten Konsum von Cannabis wehren und diesen sachlich kritisieren, geht nicht. Beruhigen Sie sich ein bisschen und nehmen Sie vielleicht an diesem Projekt teil, um herunterzukommen.*



Sophie Blaser (AL): *Moritz Bögli (AL) hat sachlich votiert, dass die SVP-Fraktion Stadt Zürich und jene auf nationaler Ebene immer wieder total entgegengesetzte Entscheide treffen. Man kann doch nicht im Gemeinderat sagen, man sei dagegen, weil Tabak auch gefährlich sei und sich gleichzeitig national finanzieren lassen.*

Stefan Urech (SVP): *Mein ganzes Leben lang hiess es von den Linken, die SVP werde top down regiert. Jetzt werden wir kritisiert, dass wir im Gemeinderat eigenständige Entscheide treffen. Wir haben gerade einen Wahlkampf hinter uns. Ich sah von den Millionen der Raucherlobby wenig bei uns auf dem Tisch. Diese Unterstellung ist einfach lächerlich und zeigt Ihre Toleranz gegenüber anderen Meinungen einer Minderheit.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Thomas Hofstetter (FDP) hat sehr gut dargelegt, worum es in dieser Weisung geht. Ich möchte ergänzend erklären, weshalb wir das alles tun. Der Stadtrat möchte Realitäten anerkennen. Realität ist, dass der Konsum von Cannabis stark verbreitet ist und dass es auch Cannabissüchtige gibt, bei denen der Gesundheitsschutz erhöht werden muss. Das Ziel der Pilotstudie – und hoffentlich auch bald auf Bundesebene – ist es, den Gesundheitsschutz mit einer regulierten Abgabe von Cannabis zu erhöhen, bei der die Qualität, Prävention und Beratung stimmen. Es soll auch darum gehen, die Leute, die aufhören möchten, zu unterstützen. Die ersten Resultate gehen genau in diese Richtung. Wir stellen fest, dass die Teilnehmenden mehrheitlich nicht mehr, sondern eher weniger konsumieren. Wir stellen fest, dass sich ihre körperliche oder psychische Situation nicht verschlechtert, sondern eher verbessert hat. Ausserdem kann der bewusstere Konsum mit dem Pilotversuch deutlich gestärkt werden. Das sind Resultate, die tatsächlich sehr erfolgversprechend sind. Eigentlich warten wir nur noch auf den Bund, um das Thema gesetzlich zu regulieren. Wir haben die Zahl der Teilnehmenden auf 3000 erhöht. Wir möchten bewusst unterrepräsentierte Gruppen wie Frauen oder Gelegenheitskonsument*innen noch stärker in das Pilotprojekt einbeziehen, um am Ende wissenschaftlich erhärtete Aussagen machen zu können. Der Pilot funktioniert. Es ist jetzt schon klar, dass der Gesundheitsschutz mit einer kontrollierten Abgabe stärker ist. Aus meiner Sicht ist es bedenklich, dass man Jahrzehnte warten musste, bis vonseiten des Bundes das Okay für einen solchen Pilotversuch kam. Ein weiterer Grund für die Verlängerung ist, dass wir keinen Unterbruch wollen, bis die definitive Regelung von Bern kommt. Die Erwartung ist, dass im Jahr 2027 oder spätestens im Jahr 2028 die definitive regulierte Abgabe eingeführt werden kann. Die Stadt Zürich wird mit Sicherheit dabei sein und das umsetzen. Es handelt sich also um einen Pilotversuch, der tatsächlich die gesetzten Ziele erreicht. Animieren Sie die Vertreter*innen in Bern vorwärtszumachen, damit wir bald eine schweizweite Regelung für den Gesundheitsschutz haben.*



6 / 6

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Thomas Hofstetter (FDP); Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sandro Gähler (SP), Murat Gediz (FDP), Yves Henz (Grüne), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Patrick Stählin (GLP), Roger Suter (FDP) i. V. von Deborah Wettstein (FDP), Susan Wiget (AL)
Minderheit:	Referat: Yves Peier (SVP)
Abwesend:	Christian Traber (Die Mitte), Präsidium

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Studie zum regulierten Verkauf von Cannabis «Züri Can – Cannabis mit Verantwortung» wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 1 955 600.– gemäss STRB Nr. 875/2021 ein Zusatzkredit (Beitrag an PUK Zürich) von Fr. 800 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 755 600.– (Preisstand: 1. Juni 2025, Zürcher Index der Konsumentenpreise).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 25. März 2026 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 25. Mai 2026)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat